

Vom Räuber zum Retter in der Not

Der früher misstrauisch beäugte Staat bekommt mit Corona regelrechte Allmacht. Aber tut uns das gut? Ist der Staat so stark und weitsichtig, wie er es aktuell vorgibt? Einiges spricht dagegen.

STAND
PUNKT

Hermann Fröschl



Es ist erst wenige Monate aus, da war der Staat noch heftig in der Kritik, weil er den fleißigen Menschen in diesem Land unverschämte tief in die Taschen greift und ihnen viel zu viel vom Einkommen wegnimmt. Die Steuerlast für das arbeitende Volk wie die Betriebe ist viel zu hoch, die sogenannte kalte Progression ein untragbarer Zustand.

Heute diskutieren wir darüber, ob der Staat statt der geplanten 40 nicht doch gleich 50 oder 60 Milliarden Euro in die darniederliegende Wirtschaft pumpen soll. Vieles davon sind neue Schulden, die dafür sorgen werden, dass der Staat künftig noch tiefer in die Taschen der Bürger greifen wird. Interessieren tut das derzeit aber kaum jemanden. Ebenso wenig wie der nicht unwesentliche Umstand, wie und wofür genau der Staat das Füllhorn ausschüttet.

Es ist höchst bemerkenswert, auch bedenklich, wie sich von heute auf morgen die Werteordnung um 180 Grad wenden kann: Jener Staat, der als potenzieller Räuber viel Argwohn säte, ist plötzlich der universelle Retter.

Der Staat war zweifellos gezwungen, auf die Pandemie rigo-

ros zu reagieren. Er verursachte damit aber erst jene riesigen Flurschäden, die Wirtschaft und Gesellschaft ins tiefe Loch stürzten. Keinem Betrieb oder Individuum kann man irgendeinen Vorwurf für seine neue Notlage machen. Der Staat ist so logischerweise in der Pflicht, all die Übel wieder halbwegs auszubügeln. Aus dem Verursacher ist schlagartig der einzig mögliche Retter geworden. Eine bizarre Doppelrolle, die ihn nun zur allmächtigen Instanz macht. Er allein hat die Macht, die Seuche zu bekämpfen. Er allein hat die Mittel, die verheerenden Nebenwirkungen zu entschärfen.

So entscheidet der Staat, wer wirtschaftlich überlebt und wer nicht. Der Staat gibt vor, wem in privaten Notlagen geholfen wird und wem nicht. Der Staat diktiert, nach welchen Kriterien er die

**Von der Allmacht zum
Machtmissbrauch
ist es nicht weit**

Milliarden ausschüttet. Und er gibt damit in akuter Zeitnot stärker denn je vor, wie die künftige Gesellschaft ausschauen wird. Das ist ganz schön viel Machtzuwachs – von heute auf morgen.

Nun muss ein starker Staat nicht schlecht sein. Gerade die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, wie problematisch es ist, wenn sich ein Staat zurückzieht und den Märkten mehr und mehr Gestaltungsmacht überlässt. So entfaltet sich auch jene Wirkkräfte, die die Covid-Pandemie begünstigt und ihre fatalen Folgen verschärft haben: exzessive Globalisierung, rigorose Arbeitsteilung, grenzenlose Mobilität, Urbanität sowie der zerstörerische Umgang mit Natur und Tier.



Schluss mit lustig ...

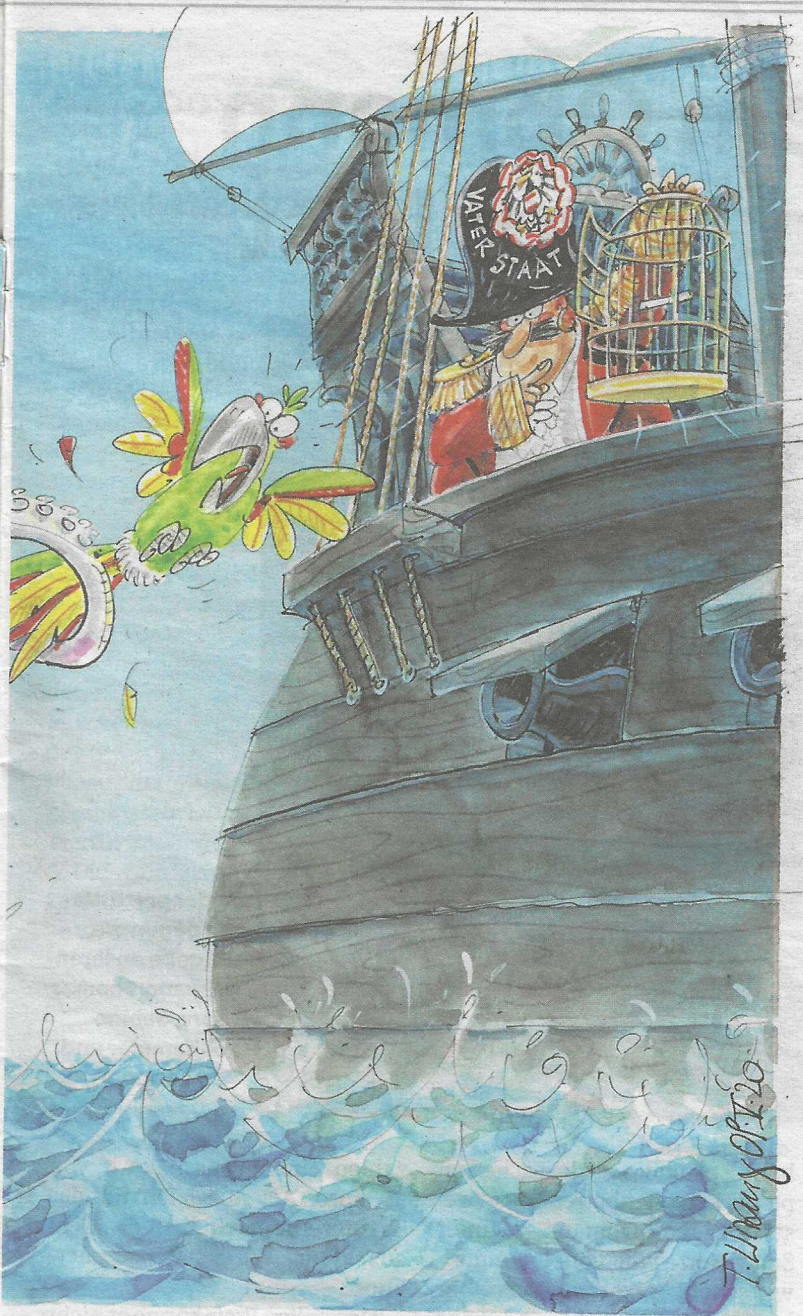
Das ist ganz schön viel Korrekturbedarf. Ist der Staat dazu überhaupt bereit – und in der Lage?

In der Finanzkrise 2009 haben sich die Staaten schon exzessiv verschuldet. Jetzt kommen noch viel höhere Schuldenberge dazu. Viele Staaten reizen in Wahrheit längst ihre Handlungsfähigkeit aus, auch wenn sie so tun, als ob alles möglich wäre. Österreich und Salzburg sind dank des Sparurses der Vorjahre zum Glück besser aufgestellt. Trotzdem müssen die neuen Schulden irgendwann zurückgezahlt werden. Den Steuerzahlern wird bald noch tiefer in die Tasche gegriffen werden. Wer wird belastet, wer bleibt verschont? Darüber ist dringend zu reden. Denn gerade

jetzt, da jene am meisten leiden, die ohnehin wenig haben, ist die Gefahr groß, dass sich die Ungleichheit dauerhaft verschärft.

Zuvorderst braucht es rasch einen Turbo bei der Vergabe der akuten Nothilfen für die Betriebe. Denn hier bekleckern sich die Regierenden – und übrigens auch die Wirtschaftskammer – derzeit ganz und gar nicht mit Ruhm. Trotz versprochener Milliardenhilfe läuft die Abwicklung höchst schleppend. Zu viele Töpfe, zu viele verschiedene Bearbeiter, zu langes Warten auf Zusagen und Geld. Dabei weiß man, dass in akuter Not vor allem die Schnelligkeit der Hilfe entscheidet.

Im zweiten Schritt wird es um jene riesigen Konjunkturpakete



WWW.SN.AT/WIZANY

gehen, die Bund und Land schnüren wollen. Ihre Ausgestaltung wird mitentscheiden, ob der erhoffte Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt. Dieser Tage ist viel die Rede davon, dass es mehr Nachhaltigkeit und Regionalität braucht, dass Klima- und Umweltschutz mehr Gewicht erhalten und die Globalisierung gezügelt werden muss. Aber wird der Staat wirklich zielgenau in eine solche Wende investieren?

Statt Abwrackprämien für Autos braucht es höhere Anreize für den Kauf emissionsfreier Vehikel. Statt neuer Autobahntunnels braucht es Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Statt neuer Gästeburgen auf der grünen Wiese braucht es eine Qualitätsoffen-

sive im Tourismus. Statt ewigem Fokus auf die Ballungsräume braucht es massive Mittel für die ländlichen Regionen. Statt fossiler Saurier braucht es Wind- (auch in Salzburg!) und Sonnenkraft. Regionales Wirtschaften gehört quer durch alle Bereichen konkret gefördert. Wie auch die Digitalisierung, eine schmerzliche Schwäche unseres Standorts.

Misstrauisch macht, dass die Regierenden diese Wende in der Vergangenheit nicht wirklich konsequent durchsetzten. Zudem neigt Allmacht zu Machtmissbrauch. Umso stärker gehört der neue allmächtige Staat kontrolliert. Eine kritische Zivilgesellschaft als starkes Gegengewicht ist nötiger denn je.

Bonus für Personal in Seniorenheimen der Stadt

SALZBURG-STADT. Jenes Personal, das im Covid-Bereich des Uniklinikums arbeitet, erhält seit 1. April eine Zulage. SPÖ-Stadträtin Anja Hagenauer will auch für das Pflegepersonal in den sechs städtischen Seniorenwohnheimen einen Bonus ausbezahlen. „Ich möchte Anerkennung für die Leute. Wir werden auch in der Stadt einen Bonus auszahlen.“

Finanzreferent Bgm. Harald Preuner (ÖVP) stimmt dem zu: „Natürlich werden wir uns erkenntlich zeigen. Wir sind da gesprächsbereit. Aber es gibt auch noch andere Mitarbeiter im Magistrat, die an vorderster Front tätig und intensiv eingespannt waren. Das Gesundheitsamt oder das Amt für öffentliche Ordnung. Das Personalamt wird prüfen, was möglich und umsetzbar ist.“

Was die Pflege insgesamt betrifft, so seien nun alle Planstellen in den städtischen Seniorenheimen besetzt, sagt Hagenauer. Nach der Coronakrise erwarte sie sich von Land und Bund, mehr für das Pflegepersonal zu tun. „Es gibt Anzeichen dafür, dass einige nicht mehr können. Die sagen, ich habe in der Coronakrise noch durchgebissen, aber in zwei bis drei Monaten kann

ich nicht mehr“, sagt Hagenauer. Die Rahmenbedingungen in der Pflege müssten besser werden. „Wir müssen es jetzt angehen. Die Pflege braucht auch mehr Ausbildungsplätze, die das Land zur Verfügung zu stellen hat. Nachdem das Land Salzburg „unwillig ist, selbst Seniorenwohnhäuser zu bauen“, überlege die Stadt nun, ein siebtes Haus zu errichten. „Da erwarte ich mir dann aber auch Geld vom Land.“



BILD: SN/ROBERT PATZER

„Ich möchte Anerkennung für die Leute in den Heimen.“

Anja Hagenauer, Sozialstadträtin

In den vergangenen Tagen gab es laut Hagenauer zwei „Anzeigen“ gegen Angehörige, die Senioren in den Heimen besuchen wollten. „Die überwiegende Mehrheit der Angehörigen hat großes Verständnis für die strengen Maßnahmen. Aber es gibt Angehörige, die versuchen, mit Dingen Türen zu zertrümmern. Es gab auch eine Todesdrohung.“ Bei der Polizei heißt es, es liege keine Anzeige vor. Es sei lediglich ein Bericht an die Staatsanwaltschaft zur rechtlichen Beurteilung gegangen. **hei**



Romantik Hotel
GMACHL

****S

Elixhausen

Muttertag mal anders
am 17. Mai

Traditionelles Muttertagsmenü um
liebevolle Euro 33,00 pro Person
www.gmachl.com